

20. März 2020

Bundesamt für Sozialversicherungen
Colette Nova
Effingerstrasse 20
CH-3003 Bern

Stellungnahme zur Reform der beruflichen Vorsorge

Sehr geehrte Frau Nova

Ich beziehe mich auf die Reform der beruflichen Vorsorge. Dazu bringe ich folgende Gedanken ein.

1. Beitragsorientierte Pläne widersprechen der Zielsetzung der beruflichen Vorsorge. Die Zielsetzung der beruflichen Vorsorge entspricht einem leistungsorientierten Plan. Deshalb sind beitragsorientierte Pläne abzuschaffen oder die Zielsetzung der beruflichen Vorsorge ist anzupassen.
2. Der monatliche Rentenzuschlag ist abzuschaffen, weil er nicht in das System der beruflichen Vorsorge passt und der Eigenverantwortung widerspricht. In der beruflichen Vorsorge gilt das Kapitaldeckungsverfahren. Die Säule 3a ist zu stärken (siehe Punkte 5 und 6). Falls am monatlichen Rentenzuschlag festgehalten wird, sind die Gedanken Nummer 11 und 12 zu beachten.
3. Aktuell findet eine Umverteilung zwischen den aktiven Versicherten zu den passiven Versicherten statt. Die passiv Versicherten erhalten eine zu hohe Rente zu Lasten der aktiv Versicherten. Deshalb müssen auch die passiv Versicherten monatliche Rentenabschläge in Kauf nehmen, welche z. B. dazu dienen die monatlichen Rentenzuschläge, sofern diese nicht abgeschafft werden, zu finanzieren bzw. die Umverteilung zu reduzieren. Dazu schlage ich folgende Abstufung für alle Personen, welche zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reform als passiv Versicherte gelten, vor:

Einkommen der 1. & 2. Säule	Rentenabschlag vom Einkommen der 1. & 2. Säule
bis 60% vom BVG-Maximum	2.5%
zwischen 60% von BVG-Maximum und UVG-Maximum	5.0%
gleich oder grösser UVG-Maximum	7.5%

Ich schlage bewusst höhere Sätze als für die aktiven Versicherten in der BVG-Reform angedacht sind vor, weil viele aktiv Versicherte länger belastet würden.

Ich finde diese BVG-Reform nicht ausgewogen, weil die passiv Versicherten keine Abstriche in Kauf nehmen müssen. Ich finde es bedauerlich, dass der Bundesrat Solidarität von der jungen Generation zu Gunsten der alten Generation in der jetzigen Situation fordert, aber dann eine solche BVG-Reform präsentiert, wo keine Solidarität von der alten Generation zu Gunsten der jungen Generation erkennbar ist.

4. Im Weiteren ist das Investitionsrisiko vollumfänglich auf die aktiven und passiven Versicherten zu übertragen. Somit sind die zugesagten Renten immer vor Rendite der Investitionen, welche zu einer Rentenkorrektur führt. Die Versicherten entscheiden über die Investitionen. Die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge bieten den Versicherten Investitionen mit unterschiedlichen Risiken an.

5. Die Einkäufe in die 2. Säule können in die Säule 3a weitergeleitet werden, wenn dies der Versicherte wünscht. Dies gibt dem Versicherten im bestehenden System folgende Vorteile:
- a. Kapital ist bei Sanierungsbedarf der beruflichen Vorsorge besser geschützt.
 - b. Kapital ist vor Umverteilungen geschützt.
 - c. Versicherte kann über Investitionen selber entscheiden, sofern vorhergehender Vorschlag nicht umgesetzt wird.

6. Die zulässigen Beiträge in die Säule 3a sollten bei tieferen Einkommen erhöht und bei hohen Einkommen (= ab UVG-Maximum) gestrichen werden. Um den bestehenden Lebensstandard bei einer längeren Lebenserwartung zu sichern, wird mehr Kapital benötigt. Personen mit hohem Einkommen sollen nicht mehr von Steuerprivilegien profitieren, um die höheren Abzüge bei tieferen Einkommen (teilweise) zu finanzieren.

Der maximal zulässige Beitrag in die Säule 3a ist der höhere Betrag aus der bestehenden Regel und einem Prozentsatz des steuerbaren Einkommens der letzten Steuerperiode. Folgende Abstufungen werden vorgeschlagen:

Bis 50'000 CHF:	15.0%
Bis 75'000 CHF:	13.0%
Bis 100'000 CHF:	11.0%
Bis UVG-Maximum:	10.0%

7. Des Weiteren soll der Bund Einzahlungen in die Säule 3a bei tiefen Einkommen bezuschussen. Es werden folgende Zuschüsse vorgeschlagen. Grundlage ist das steuerbare Einkommen der letzten Steuerperiode:

Bis 50'000 CHF:	20%
Bis 75'000 CHF:	10%

Personen, die Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen, haben keinen Anspruch auf diesen Zuschuss. Diese Mehrkosten soll durch Effizienzsteigerungen beim Bund finanziert werden, z. B. durch die Beseitigung von Ausnahmen in Gesetzen, die Vereinfachung von Gesetzen, Prozessoptimierungen oder Ausgabenkürzung in wenig sensiblen oder nicht lebensnotwendigen Bereichen für die Schweiz.

8. Um den gewährten Lebensstandard nach der Pensionierung zu sichern, müsste das letzte Einkommen vor der Pensionierung massgebend.

Der Arbeitnehmer kann seinen Sparbeitrag (= Arbeitnehmeranteil) zwischen dem aktuellen Einkommen und dem erwarteten Einkommen bei der Pensionierung festsetzen.

Der Arbeitgeber muss bei einem Sparbeitrag über dem aktuellen Einkommen, einen Sparbeitrag auf dem aktuellen Einkommen zuzüglich 50% der Differenz zwischen dem gewählten Sparbeitrag und dem Sparbeitrag auf dem aktuellen Einkommen übernehmen.

9. Eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung ist notwendig. Bei einer steigenden Lebenserwartung wird die Rentenphase immer länger. Um Arbeitgeber zur Beschäftigung von älteren Mitarbeitern zu motivieren, wird eine Versicherung eingeführt, welche ausgesteuerten Arbeitnehmer ein Einkommen auf Niveau der Arbeitslosenentschädigung bis zum ordentlichen Rentenalter garantiert, wenn diese das 54. Altersjahr vollendet haben und keine Anstellung mehr bekommen. Diese Versicherung wird ausschliesslich durch die Arbeitgeber finanziert.

10. Zur Entlastung der 1. Säule sollen Personen, die ein steuerbares Einkommen über dem UVG-Maximum erzielen keine Rente aus der 1. Säule bekommen. Diese können auch ohne die Rente aus der 1. Säule sehr gut leben.

11. Der monatliche Rentenzuschlag, sofern daran festgehalten wird, soll nicht nach dem Giesskannenprinzip ausgeschüttet werden. Personen mit einem steuerbaren Einkommen über dem UVG-Maximum sollen keinen Rentenzuschlag erhalten. Diese können sehr gut ohne diesen leben.

12. Ein Rentenzuschlag von 200.00 CHF/Monat für die ersten 5 Neurentner-Jahrgänge, 150.00 CHF/Monat für die nächsten 5 Neurentner-Jahrgänge und 100.00 CHF/Monat für die nächsten 5 Neurentner-Jahrgänge ist auf Grund der Finanzierung nicht gerecht. Diejenigen, die am wenigsten zur Finanzierung beitragen, erhalten am Meisten. Dies führt zu einer nicht fairen Umverteilung. Wenn am Rentenzuschlag festgehalten wird, sollten die Rentenzuschläge für die ersten 5 Neurentner-Jahrgänge 100.00 CHF/Monat, für die folgenden 5 Neurentner-Jahrgänge 150.00 CHF/Monat, für die folgenden 5 Neurentner-Jahrgänge 200.00 CHF/Monat, für die folgenden 5 Neurentner-Jahrgänge 250.00 CHF/Monat betragen.
13. Die Sparbeiträge sollen weiterhin 500% über einen Zeithorizont von 40 Jahren sein. 10% für die ersten 20 Jahre und 15% für die folgenden 20 Jahre. Damit besteht ein besseres Polster, falls z. B. die Lebenserwartung weiter steigt oder die Renditen tiefer ausfallen.

Freundliche Grüsse

Christian Franz Georg Zube

Von: [Käslin Sybille BSV](#)
An: ["Claude Etique"](#)
Betreff: AW: Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform):
Datum: Freitag, 17. Januar 2020 12:45:00

Sehr geehrter Herr Etique

Wenn Sie es wünschen, werden wir Ihre Einwendungen gerne in den Vernehmlassungsbericht einfließen lassen.

Allenfalls könnte die nachfolgende Information Sie interessieren:

<https://www.srf.ch/news/wirtschaft/pensionskassen-umfrage-renten-schrumpfen-auch-im-naechsten-jahr>. Die diesbezüglichen Aussagen und Zahlen haben wir nicht überprüft.

Mit freundlichen Grüßen

Sybille Käslin
Fürsprecherin

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL
Bereich Recht berufliche Vorsorge

Effingerstrasse 20, CH-3003 Bern
Tel +41 58 465 00 54
sybille.kaeslin@bsv.admin.ch
www.bsv.admin.ch

Diese Mitteilung ist nur für die Verwendung durch beabsichtigte Empfänger/Empfängerinnen bestimmt und bezieht sich ausschliesslich auf uns dargestellte Sachverhalte. Sie kann vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Falls Sie nicht der richtige Adressat / die richtige Adressatin sind, informieren Sie bitte umgehend den Absender / die Absenderin und vernichten Sie diese Mail einschliesslich allfälliger Anhänge.

Von: Claude Etique <claud_e_tique@yahoo.com>
Gesendet: Donnerstag, 9. Januar 2020 20:36
An: Käslin Sybille BSV <sybille.kaeslin@bsv.admin.ch>
Betreff: Re: AW: Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform):

Sehr geehrte Frau Käslin

Machen Sie es mir einfach? Wie hoch sind die Gesamtreserven aller PKs, wenn meine gehörten 30 Mia (die auch der SGB mal genannt hat) nicht stimmen? Der Bericht umfasst etwas gar viel, um da die Facts auf die Schnelle rauszulesen.

Und zum Umwandlungssatz: Kürzlich meinte auch der Chef der Migros-PK, dass PKs den Umwandlungssatz eigentlich erhöhen sollten, nach all den fetten Börsenjahren (die über mehr als ein Jahrzehnt zweistellige Renditen gebracht haben, also kaum Grund zur Senkung von Umwandlungs- und Verzinsungssatz bei PKs). Wie kommt er darauf, als seriöser Banker?

Last, but not least: Werden meine Einwendungen in die Vernehmlassung einfließen?

Beste Grüsse, Claude Etique

On Thursday, January 9, 2020, 02:12:05 PM GMT+1, sybille.kaeslin@bsv.admin.ch
<sybille.kaeslin@bsv.admin.ch> wrote:

Sehr geehrter Herr Etique

Die finanzielle Situation der Pensionskassen ist bei weitem nicht so komfortabel und die Reserven sind nicht enorm. Gerne lassen wir Ihnen diesbezüglich den Link zu den Erhebungen der OAK zukommen: <https://www.oak-bv.admin.ch/de/themen/erhebung-finanzielle-lage/>. Die umhüllenden Pensionskassen haben deshalb ihre Umwandlungssätze bereits gesenkt, diese liegen zum Teil weit unter dem Mindestumwandlungssatz von 6.8%. Vorsorgeeinrichtungen, deren umhüllender Teil den obligatorischen Teil nur geringfügig übersteigt, können aufgrund des gesetzlichen BVG-Mindestumwandlungssatzes von aktuell 6.8% ihre Umwandlungssätze jedoch nicht derart senken, dass die damit verbundenen Zinsversprechen ein realistisches Niveau erreichen.

Aus diesen Gründen sind die Senkung des Mindestumwandlungssatzes und die diesbezüglichen Kompensationsmassnahmen nötig.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüssen

Sybille Käslin
Fürsprecherin

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL
Bereich Recht berufliche Vorsorge

Effingerstrasse 20, CH-3003 Bern
Tel +41 58 465 00 54
sybille.kaeslin@bsv.admin.ch
www.bsv.admin.ch

Diese Mitteilung ist nur für die Verwendung durch beabsichtigte Empfänger/Empfängerinnen bestimmt und bezieht sich ausschliesslich auf uns dargestellte Sachverhalte. Sie kann vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Falls Sie nicht der richtige Adressat / die richtige Adressatin sind, informieren Sie bitte umgehend den Absender / die Absenderin und vernichten Sie diese Mail einschliesslich allfälliger Anhänge.

Von: Claude Etique <claud_eutique@yahoo.com>

Gesendet: Dienstag, 31. Dezember 2019 16:45

An: _BSV-Sekretariat ABEL <Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch>

Betreff: Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform):

Sehr geehrte Damen und Herren

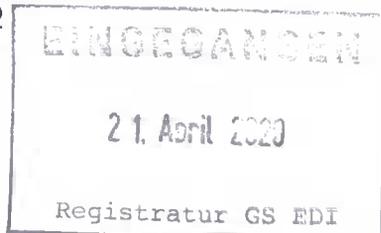
Ein einfacher Punkt: Weshalb sollte der Umwandlungssatz immer weiter gesenkt werden, solange die Pensionskassen generöse Gewinne schreiben (seit Jahrzehnten) und Milliarden Reserven horten.

Wäre es nicht wesentlich sinnvoller, solch drastische Massnahmen zu Lasten der Versicherten als letztes Mittel anzuwenden? Also zuerst die Gewinne und die Reserven (bis zu einem sinnvollen Niveau, nicht ins unermessliche horten) in die Beiträge bzw. Versichertengelder einfliessen lassen. Und wenn dann die Umwandlungssätze sogar erhöht werden können (inkl. derjenigen, die kürzlich pensioniert und von bereits gesenkten Umwandlungssätzen betroffen sind), werden wir alle jubeln. Und die Wirtschaft wachsen.

PS: Auch die Ausgleichsmassnahmen könnten dann zurück gesetzt werden, bis diese auch wirklich (falls) mal nötig sind. Und auch bei diesen sollte gelten: Kürzlich pensionierte (zumindest unfreiwillig frühpensionierte) sollten auch profitieren können, denn sie wurden zu reduzierten Umwandlungssätzen (weil zuvor bereits gesenkt, und weil frühpensioniert) und darum mit erheblich gekürzten Beiträgen gegen ihren Willen in die Pension geschickt.

Beste Grüsse, Claude Etique

Déborah Niclasse
Rue du Château-d'En-Bas 26
1630 Bulle
d.niclasse@bluewin.ch
079/654 81 82



Bulle, le 18 avril 2020

Département fédéral de l'intérieur DFI
Secrétariat général SG – DFI
Monsieur le Conseiller Fédéral Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Projet de réforme sur la prévoyance professionnelle : consultation

Monsieur le Conseiller Fédéral,

Je me permets de vous écrire concernant le projet de réforme de la prévoyance professionnelle, dont la consultation court jusqu'au 29 mai 2020, le délai ayant été prolongé en raison du Covid19.

En tant que collaboratrice d'une entreprise fribourgeoise de courtage en assurances, je suis au bénéfice d'un brevet fédéral de spécialiste en assurances de personnes et me suis spécialisée depuis plus de dix ans dans le suivi et la gestion de la prévoyance professionnelle des entreprises que nous avons sous mandat.

Cette gestion implique la mise en concurrence des institutions de prévoyance, le conseil d'optimisation des prestations mais également le calcul et la projection des prestations de vieillesse individualisés pour les employés.

Nous avons sous mandat des entreprises de divers corps de métiers et de différentes tailles, nous offrant ainsi tous types de situations de prévoyance à analyser, de la femme divorcée travaillant à temps partiel, en passant par l'employé ayant bénéficié de mesures de réinsertion de l'AI, ou pour le chef d'entreprise.

Nous connaissons les lacunes actuelles et futures du système de prévoyance.

Je vous fais part ci-dessous de différentes réflexions sur les adaptations possibles de la prévoyance professionnelle, après avoir pris connaissance des propositions prévues dans le projet mis en consultation.

➤ Diminution du seuil d'entrée pour affiliation LPP :

Cette mesure, justifiée pour permettre aux personnes occupées à temps partiel d'améliorer leurs prestations de vieillesse n'est à mon sens pas judicieuse ; après déduction du montant de coordination, le salaire assuré de ces personnes serait réduit à un salaire minime, voire au salaire minimum (actuellement CHF 3'555.00), ce qui ne leur apporte pas d'amélioration notable (cas constaté, avoir de vieillesse environ CHF 17'000.00). Par contre, ces

nouvelles affiliations impliqueraient la facturation des frais de gestion de l'institution de prévoyance, env. CHF 400.00 par an, ainsi qu'une prime de risque pour couvrir une prestation qui leur payerait à peine un café par mois.

→ *Je proposerais de maintenir le seuil d'affiliation actuel mais de prévoir une augmentation des déductions admises fiscalement pour les personnes qui ont une activité lucrative mais ne sont pas affiliées auprès d'une institution de prévoyance (OPP3). Cette mesure viserait à encourager ces catégories de personnes à épargner avec les avantages fiscaux prévus par le produit 3a.*

➤ **Déduction de coordination :**

Il y a ici un vrai défi, celui de rendre la prévoyance professionnelle plus accessible aux assurés ; le système actuel, bien que réfléchi dans le cadre du cumul de prestations entre 1^{er} et 2^{ème} piliers, reste difficile à comprendre pour la plupart des gens. La différence entre « salaire annoncé » et « salaire assuré » génère questions et incompréhension de leur part, avec pour conséquence une perte de confiance.

→ *Cette réforme devrait prévoir la suppression de la déduction de coordination ; la part de salaire supplémentaire (et ses coûts) prise en compte pour le calcul peut être lissée avec un taux d'épargne plus bas.*

➤ **Epargne :**

a. **Echelle des taux :** l'idée de réduire à deux échelons est bonne, l'application d'un taux unique ne pouvant malheureusement pas être envisagée actuellement, pour les raisons économiques connues. En supprimant la déduction de coordination ce taux pourrait être réduit (par exemple 7 et 13%).

→ *Cette modification de taux, couplée à la suppression de la déduction de coordination, apporterait une amélioration marquée des prestations pour les bas et moyens salaires, apportant une vraie solution aux personnes occupées à temps partiel affiliées LPP.*

b. **Echelle des âges :** commencer l'épargne dès 18 ans, dès que l'affiliation LPP est justifiée. Les personnes qui travaillent à 18 – 20 ans sont des personnes qui ne suivent généralement pas d'études ; on peut présumer que leurs salaires resteront à un niveau moyen. L'épargne commencée dès 18 ans permettrait d'améliorer les prestations futures.

c. **Salaires maximum :** encore un défi, qui permettrait aussi une meilleure compréhension du système par les assurés ; pourquoi ne pas coordonner le salaire maximum LPP au salaire maximum prévu par la LAA ? Le plafond actuel de la prévoyance professionnelle est à peine à la hauteur du revenu annuel moyen en Suisse ; le relever améliorerait directement les prestations de beaucoup d'assurés pour qui les prestations sont aujourd'hui limitées.

Telles sont les réflexions issues des différentes analyses effectuées auprès de personnes affiliées et avec des améliorations constatées suite à l'établissement d'offres par les institutions de prévoyance ; beaucoup d'entreprises ont déjà opté pour ces différentes modifications, appliquées en fonction de leurs capacités financières. Expliquées et détaillées aux employés, ces mesures sont généralement bien accueillies.

Je ne mets pas en cause la baisse du taux de conversion, celle-ci étant inévitable, bien que j'émette quelques doutes sur le maintien ou l'augmentation future de l'espérance de vie.

Quant aux mesures de compensation prévues, je n'ai pas la possibilité de les commenter ou justifier, les données étant issues de calculs actuariels approfondis sur leurs coûts et les montants prévus.

Je ne peux terminer ce courrier sans faire mention de ce qui apparaît essentiel à cette réforme de la prévoyance professionnelle, même si cela concerne les prestations aux survivants ou en cas d'invalidité.

Aujourd'hui, plus de 9 cas d'invalidité sur 10 sont dus à une maladie (ou à un refus de l'assurance accident) et les prestations sont payées par la prévoyance professionnelle.

La moitié des bénéficiaires de rentes d'invalidité ont besoin des prestations complémentaires pour (sur)vivre. La réforme devrait prévoir également le changement de calcul des prestations ; celles-ci sont aujourd'hui calculées en fonction de l'âge de vieillesse projeté, donc directement diminuées en cas de divorce, de manque d'années de cotisations, de cotisations réduites (temps partiel) ou de versement anticipé pour l'acquisition du logement.

→ *Prévoir des rentes en % du salaire, comme le fonctionnement de la LAA. Il est évident que les prestations équivalentes à la LAA ne sont pas finançables (les rentes d'invalidité LAA génèrent par ailleurs beaucoup de cas de sur-assurance) : des taux plus bas permettent déjà d'offrir de bonnes prestations à des coûts supportables, tant pour les employeurs que les salariés.*

Je suis consciente des nombreuses réflexions déjà faites sur les modifications possibles pour la réforme de la loi avec pour objectif le maintien des prestations actuelles. Les propositions retenues dans le projet de réforme sont le résultat de nombreuses projections et tiennent compte de paramètres multiples, dont celui, essentiel, d'un financement supportable par les entreprises et les employés. Les mesures doivent pouvoir être appliquées dans les meilleurs délais et il est essentiel qu'une réforme soit approuvée rapidement.

Je reste persuadée que cette réforme est aussi l'occasion d'apporter une meilleure compréhension du système à toutes les personnes concernées. Ce serait un grand changement (cf. suppression de la déduction de coordination, augmentation du salaire maximum assuré, calcul des prestations de risques), mais qui peut aussi être bien accueilli pour la lecture simplifiée que ces modifications apporteraient.

Je vous remercie pour l'attention portée à mon courrier. Sans aucune prétention ou attente, j'ai décidé de vous faire parvenir ces différentes réflexions car elles sont le reflet de nombreuses discussions et je souhaitais vous les communiquer.

Je reste naturellement et très volontiers à disposition si cela était souhaité.

Je vous adresse, Monsieur le Conseiller Fédéral mes respectueuses et cordiales salutations.

Déborah Niclasse





Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
Office fédéral des assurances sociales OFAS
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC

CH-3003 Berne, OFAS

Madame
Déborah Niclasse
Rue du Château-d'En-Bas 26
1630 Bulle

Votre référence:
Votre courrier du 18 avril 2020
Notre référence: 421.1-01141 27.04.2020 No.: 206
Collaborateur/trice responsable: Patrick Huguenin /
Berne, le 30 avril 2020

Projet de réforme sur la prévoyance professionnelle : consultation

Madame,

Nous avons bien reçu votre lettre qui a retenu toute notre attention. Le Conseiller fédéral Alain Berset nous a demandé de vous répondre en tant qu'office compétent.

Le projet de réforme LPP soumis à consultation s'appuie sur un compromis auquel sont parvenues les organisations faitières des partenaires sociaux (Travail.Suisse, Union syndicale suisse et Union patronale suisse). Ces organisations faitières avaient été mandatées par le Conseil fédéral pour élaborer une proposition de réforme afin de répondre à la problématique liée à l'augmentation de l'espérance de vie et à la évolution des marchés financiers.

Le compromis trouvé constitue une solution globale. Le Conseil fédéral examinera dans le cadre de la procédure de consultation les propositions alternatives proposées.

Nous vous signalons tout de même que, contrairement à ce que vous avez mentionné dans votre lettre, le projet de réforme LPP ne prévoit pas de modification du seuil d'entrée LPP. Ce dernier restera fixé à 21'330 francs (chiffre 2020).

Nous vous prions d'agréer, Madame, nos salutations distinguées.

Office fédéral des assurances sociales

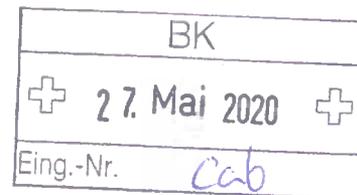
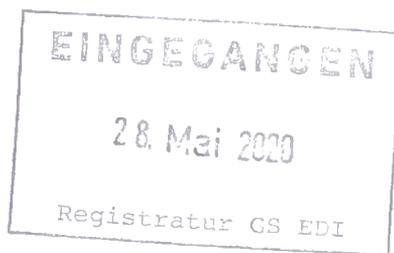

Colette Nova
Vice-directrice



COO.2063.100.4.2575870

Office fédéral des assurances sociales OFAS
Patrick Huguenin
Effingerstrasse 20, CH-3003 Berne
Tél. +41 58 460 84 01
Patrick.Huguenin@bsv.admin.ch
<http://www.ofas.admin.ch>

Patrick Achermann
Neudorfstr. 45
8810 Horgen
bf.achermann@bluewin.ch



Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Horgen, 23. Mai 2020

**Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Reform der beruflichen Vorsorge
Eingabefrist Freitag, 29. Mai 2020**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Sommaruga
Sehr geehrter Herr Vizepräsident Parmelin
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte

Im Rahmen meiner laufenden Ausbildung zum eidgenössisch diplomierten Pensionskassenleiter bin ich verpflichtet, eine Diplomarbeit zu schreiben. Ich habe mich dabei für das Thema "BVG-Eintrittsschwelle – Fluch oder Segen?" entschieden. Mit der Arbeit selber bin ich noch nicht fertig, da die Freigabe des Themas erst Ende April erfolgte.

Sie – geschätzte Damen und Herren – gaben mir jedoch mit der Verlängerung der Vernehmlassungsfrist zur Reform der beruflichen Vorsorge bis zum 29. Mai 2020 die Möglichkeit, meine bis jetzt gewonnenen Erkenntnisse in das laufende Verfahren einzubringen. Eine Möglichkeit, die ich mir nicht nehmen lassen möchte, weshalb ich Sie bitte, die beigefügten Seiten in Ihre Entscheidungen miteinflussen zu lassen.

Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören bzw. zu lesen (und dies natürlich in meinem Sinne 😊).

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Patrick Achermann".

Patrick Achermann

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Reform der beruflichen Vorsorge Eingabefrist Freitag, 29. Mai 2020

Die Versicherungspflicht von tiefen Einkommen steht schon seit Jahren zur Diskussion.

Bei der Einführung des BVG 1985 ging man davon aus, dass der Ehemann die Familie ernährt und die Ehefrau die Kinder erzieht. Um das Leistungsziel "die Fortsetzung des gewohnten Lebensstandards zu gewähren" nicht zu überschreiten, wurde die sogenannte Eintrittsschwelle beschlossen, die vorsah, dass Einkommen bis zur maximalen AHV-Altersrente (heute CHF 28'440) im BVG nicht zu versichern seien. Mit der ersten BVG-Reform 2005 wurde diese Eintrittsschwelle auf 3/4 der maximalen AHV-Altersrente (aktuell CHF 21'330) herabgesetzt.

Mit der jetzigen Reform streben Sie (geschätzter Bundesrat) gemäss Eröffnungsschreiben zur Vernehmlassung unter anderem an, "die soziale Absicherung von Erwerbstätigen mit kleinen Löhnen zu verbessern". Dazu wollen Sie den sogenannten Koordinationsabzug um die Hälfte des jetzigen Wertes (also von CHF 24'885 auf CHF 12'442.50 oder 43.75% der maximalen AHV-Altersrente) reduzieren. Und genau zu diesem Punkt gebe ich gerne folgende Stellungnahme ab:

Es ist mir völlig klar, dass Sie mit der Senkung des Koordinationsabzugs (die zu einem höheren versicherten Gehalt führt) "das Finanzierungsproblem der beruflichen Vorsorge vermindern und das Rentenniveau sichern" wollen, so wie es im selbigen Eröffnungsschreiben heisst. Dabei gehen aber jene Personen vergessen, die gar nicht bvg-versichert sind. Aufgrund meiner Tätigkeit als Angestellter einer Dienstleistungsfirma die Pensionskassen betreut weiss ich, dass dies Hunderte Angestellte betrifft, schweizweit also Tausende. Ich weiss auch aus Aussagen von Kunden von mir, dass Arbeitgeber die Löhne oft so ansetzen, dass Angestellte die BVG-Eintrittsschwelle nicht erreichen. Und genau damit schliessen wir die Schwächsten unserer Gesellschaft von der Möglichkeit aus, "Verantwortung für sich selber wahrzunehmen und nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft beizutragen" (Art. 6 unserer Bundesverfassung). Aber genau diese Personen sollten wir meines Erachtens mit der BVG-Reform nicht vergessen, denn (Präambel unserer Bundesverfassung) "gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen".

Natürlich können Sie jetzt einwenden, dass:

1. diese Personen ja selber auch sparen können;
2. diese Personen das Geld benötigen um den Alltag bestreiten zu können und somit höhere Lohnabzüge nicht gutheissen würden;
3. bei Personen mit solch niedrigem Einkommen die 1. Säule absolut genügt um das Leistungsziel zu erreichen und
4. die Wirtschaft (insbesondere jetzt in Zeiten von Corona) nicht mit einem Ausbau der Sozialversicherungen belastet werden darf.

Dazu möchte ich folgendes erwidern:

Ich bin mit dem Argument einverstanden, dass viele Personen die so wenig verdienen ihr ganzes Einkommen benötigen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Also werden diese Personen:

1. sicher nicht freiwillig sparen (können);
2. mit höheren Lohnabzügen allenfalls nicht einverstanden sein.

Man benachteiligt sie aber insofern, als der Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge mitfinanzieren würde. Sie (aber auch die Arbeitnehmer, die durch Steuern die ganzen Ergänzungsleistungen finanzieren) konsumieren dadurch weniger, was wiederum die Wirtschaft lähmt. Und allenfalls können diese Personen doch davon überzeugt werden, höhere Lohnabzüge in Kauf zu nehmen. Nämlich dann, wenn ihnen bewusst wird, dass sie durch die Unterstellung unter das BVG im Leistungsfall mehr erhalten als sie einzahlen. Angenommen eine Person wäre mit einem AHV-Einkommen von CHF 5'000 bvg-versichert so sähen ihre Leistungen (bezogen auf den Vorsorgeplan eines konkreten Kunden aus der Reinigungsbranche) wie folgt aus (Beträge in CHF pro Jahr):

Leistung (Frau)	Rente	Leistung (Mann)	Rente
Altersrente ab 64	1'873	Altersrente ab 65	1'950
AHV-Altersrente	14'220	AHV-Altersrente	14'220
PK-AR in % AHV-AR	13.17%	PK-AR in % AHV-AR	13.71%
IV-Rente	2'500	IV-Rente	2'500
IV-R in % AHV-IV-R	17.58%	IV-R in % AHV-IV-R	17.58%
IV-Kinder- und Waisenrenten	500	IV-Kinder- und Waisenrenten	500
Ehegattenrente	1'000	Ehegattenrente	1'000
Durchschnittliche Kosten pro Jahr über die ganzen Jahre betrachtet (ab Alter 18-64/65)			
Arbeitnehmer	271.20	Arbeitnehmer	273.40
Arbeitgeber	271.20	Arbeitgeber	273.40

Im obigen Beispiel ist das hochgerechnete Altersguthaben und folglich die davon abgeleitete Altersrente nicht einmal verzinst. Wenn man eine Verzinsung von 2% hinterlegen würde, könnte man den Umwandlungssatz auf 6% senken und man erhielte selbst dann noch eine höhere Altersrente als oben angegeben. Ich bin überzeugt, dass Personen im Tieflohnbereich, die sich deren Auswirkungen bewusst wären, für eine Senkung der Eintrittsschwelle aussprechen würden. Dies selbst dann, wenn ihnen die Ergänzungsleistungen gekürzt würden, weil sie mehr Einkommen hätten. Denn in diesem Fall hätten sie sich das Renteneinkommen selber erworben und sie müssten kein schlechtes Gewissen haben. Auch wenn viele Personen im Tieflohnbereich Ausländer sind, von denen viele (so zeigt auch meine Erfahrung) in ihr Heimatland auswandern, sobald sie das Rentenalter erreichen und dadurch nicht mehr Ergänzungsleistungen benötigen: Haben nicht auch diese Personen Anspruch darauf, anständig versichert zu sein für all die Arbeit die sie leisten? Hat nicht gerade das Corona-Virus vor Augen geführt, auf welche Dienstleistungen wir wirklich angewiesen sind?

Ja sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte. Es sind genau die Reinigungskräfte, Kranken- und Betagtenpfleger, Drogistinnen (PS: meine Tochter macht gerade eine

Lehre als Drogistin), Verkaufspersonal, Coiffeusen und Logistiker, die unser (Über)Leben ermöglicht haben bzw. ermöglichen. Und genau diese Personen arbeiten oft zu sehr tiefen Löhnen, sehr hart, haben lange Arbeitstage und gefährden teilweise ihre Gesundheit, sind aber zu einem grossen Teil nicht bvg-versichert! Da wünschte ich mir, dass die Aussage von Ihnen, sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, dass der Applaus für das Pflegepersonal zwar gut sei, aber nicht genüge, nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, sondern dass Sie sich gerade im Rahmen dieser BVG-Reform dafür einsetzen, dass auch Personen im Tieflohnbereich eine anständige Versicherung ermöglicht wird. Freiwillig wird nichts geschehen. So haben nur drei von 20 firmeneigenen Kunden eine tiefere Eintrittsschwelle als gemäss Gesetz nötig.

Personen die übrigens das Einkommen nicht für den Alltag gebrauchen sondern zum Beispiel arbeiten, um sich im Leben mehr gönnen zu können, werden sich meines Erachtens nicht gegen eine Versicherung im BVG wehren. Sie werden das höhere Renteneinkommen schätzen wie dies die meisten der aufgrund der BVG-Reform 2005 neu Versicherten tat (Forschungsbericht Nr. 2/11 Seite 68 und 69).

3. Das Leistungsziel wird sicher erreicht bzw. sogar noch übertroffen. Dies kann ganz einfach aufgrund der Rentenskala 44 nachvollzogen werden. Bsp.: durchschnittliches Jahreseinkommen CHF 19'908, jährliche AHV-Altersrente CHF 15'696; ergibt eine Ersatzquote von 78.84%, was deutlich über den angestrebten 60% liegt. Doch kann eine Person die so wenig verdient einfach auf die Differenz von CHF 4'212 (pro Monat immerhin CHF 351) verzichten? Ich bezweifle dies und bin der Meinung, dass es auch politisch nicht gewollt sein kann, dass die Allgemeinheit (sprich wir Steuerzahler) eine entsprechende Kompensation einfach via Ergänzungsleistungen finanzieren sollten.

4. Das Argument der zusätzlichen Belastung der Wirtschaft (die unbedingt verhindert werden müsse) wird insbesondere jetzt hervorgehoben werden. Dazu muss man sich bewusst sein, dass der Bundesrat bereits in den 90er-Jahren das berechtigte Anliegen, Personen mit kleinen Einkommen und in Teilzeitbeschäftigung zu versichern, aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse verschoben hat (s. Botschaft des Bundesrates vom 1.3.2000 zur Revision des BVG; Seite 2645 ff). Wie bereits erwähnt wurde mit der ersten BVG-Revision die Eintrittsschwelle leicht gesenkt. Gemäss dem Forschungsbericht Nr. 2/11 (Seite 67) haben die Arbeitgeber die entstandenen Mehrkosten seitens Arbeitgeber aber nicht den Arbeitnehmern auferlegt indem sie ihnen den Lohn gekürzt hätten. Was aber vermehrt vorkam (und wie oben bereits erwähnt durch Kunden von mir auch bestätigt wurde) ist der Umstand, dass Löhne oder insbesondere auch Arbeitspensen so angepasst wurden, dass die BVG-Eintrittsschwelle nicht erreicht wird (s. auch denselben Bericht Seite 66). Es ist auch mir bewusst, dass die jetzige Situation für Arbeitgeber (insbesondere gerade jener mit tiefen Löhnen) nicht einfach ist. Bedenken Sie aber bitte, dass eine Reform des BVG nicht gerade alle Jahre in Angriff genommen wird und dass die wirtschaftliche Situation wieder ganz anders aussehen wird bis eine entsprechende Reform greifen wird. Deshalb bitte ich Sie eindringlichst, sich dafür einzusetzen, dass die BVG-Eintrittsschwelle analog der AHV-beitragspflicht festgelegt wird und dass der Koordinationsabzug ersatzlos gestrichen wird (siehe Vorschlag Verein faire Vorsorge). Nebenbei noch erwähnt: der monatliche Rentenzuschlag hat im BVG effektiv nichts verloren.

Hochachtungsvoll



Formular für Stellungnahme zur Verordnungsänderungen
in der beruflichen Vorsorge
Vernehmlassung vom 06.12.2019 bis 20.03.2020

Stellungnahme von
Name / Firma / Organisation / Amt
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt
Adresse
Kontaktperson

Willi Aerne
Schönenbach 7d, 9422 Staad

Telefon

078 661 37 36

E-Mail

w.aerne@sunrise.ch

Datum

Sehr geehrte Damen und Herren

Meine Eingabe betrifft nur das BVG (Berechnung der zu erwartenden Alterskapitalien und Renten in den neuen Modellen des Bundesrats, des Gewerbeverbands und der Baumeister/ Banken.)
Berechnung für verschiedene Lohnhöhen insbesondere auch unter Berücksichtigung der Übergangsgeneration.

Wichtige Hinweise:

1. Bitte dieses Deckblatt mit Ihren Angaben ausfüllen.
2. Pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte auch als Word-Dokument (nebst einem PDF-Dokument) bis am 20. März 2020 an folgende E-Mail-Adresse:
laure.huguenin-dezot@bsv.admin.ch ; Juristin, Bereich Recht Berufliche Vorsorge, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

BVG Revision 2020

Mit der Reform der beruflichen Vorsorge sollen die Renten gesichert, die Finanzierung gestärkt und die Absicherung von **Teilzeitbeschäftigten – und damit insbesondere von Frauen** – verbessert werden (<https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/bv/reformen-und-revisionen.html>)

Mit der vorliegenden Arbeit vergleiche ich die neuen Modelle (Bundesrat, Gewerbe, Banken/Baumeister) mit dem aktuell gültigen Modell. Dazu stelle ich Berechnungen zu verschiedenen Lohnhöhen an.

Die Berechnungsgrundlagen sind

- der Bruttolohn, gerechnet als 13 Monatslöhne,
- der Koordinationsabzug jedes Modells (aktuell 24885, Bundesrat 12443, Gewerbeverband 24885, Bau/Banken 60% AHV-Lohn, max 21330),
- der resultierende koordinierte Lohn jedes Modells,
- die gestaffelten Beiträge jedes Modells für die gesamte Beitragsdauer (ohne 65. Altersjahr, da in der Regel unvollständig),
- die Verzinsung mit 1%.

Der für die Berechnung zugrunde gelegte Lohn bleibt über die ganze Dauer gleich, da die Lohnentwicklung nicht vorhergesagt werden kann.

Gemessen am Ziel, dass Teilzeitbeschäftigte und Frauen besser gestellt werden sollen, **scheidet das Modell des Gewerbeverbands aus**, weil es den gleichen Koordinationsabzug wie das aktuelle Modell vorsieht und daher für Geringverdiener keine Verbesserung bringt. Die Beibehaltung des höchsten Beitragssatzes von 18% bewirkt auch keine besseren Anstellungschancen der älteren Arbeitnehmer.

Die Verzinsung wird mit 1% eingerechnet. Die Kassen erzielen jedoch in guten Börsenjahren eine erheblich höhere Performance. Es ist zu überlegen, ob nicht ein Teil der höheren Performance über dem Minimalzins gesetzlich den Mitgliedern der Kassen gutgeschrieben werden kann.

Die gesamten Beiträge einer Person auf dem zugrunde gelegten koordinierten Jahreslohn belaufen sich beim aktuellen Modell auf 500%, beim Bundesratsmodell auf 460%, beim Modell des Gewerbeverbands auf 570% und beim Baumeister/Banken Modells auf 575% des koordinierten Jahreslohnes(ohne pro rata Anteil des 65. Altersjahres). Ein Vergleich ist nicht aussagefähig, da die Prozente auf eine unterschiedliche Basis Bezug nehmen.

Auswirkung der Lohnhöhe auf den koordinierten Lohn

Faktor = Koordinierter Lohn neues / aktuelles Modell

Lohn/Mt	Aktuell	B'rat	Gewerbe	Bau/Bank	
1000	Lohn 13'000	13'000	13'000	13'000	Nicht aussagefähig
	K-Abzug 24'885	12'443	24'885	7'800	
	Ko Lohn -1'1885	557	-1'1885	5'200	
	Faktor 1.00	-0.05	1.00	-0.44	
Lohn/Mt	Aktuell	B'rat	Gewerbe	Bau/Bank	
2000	Lohn 26'000	26'000	26'000	26'000	
	K-Abzug 24'885	12'443	24'885	15'600	
	Ko Lohn 1'115	13'557	1'115	10'400	
	Faktor 1.00	12.16	1.00	9.33	
3000	Lohn 39'000	39'000	39'000	39'000	
	K-Abzug 24'885	12'443	24'885	21'300	
	Ko Lohn 14'115	26'557	14'115	17'700	
	Faktor 1.00	1.88	1.00	1.25	
4000	Lohn 52'000	52'000	52'000	52'000	
	K-Abzug 24'885	12'443	24'885	21'300	
	Ko Lohn 27'115	39'557	27'115	30'700	
	Faktor 1.00	1.46	1.00	1.13	
5000	Lohn 65'000	65'000	65'000	65'000	
	K-Abzug 24'885	12'443	24'885	21'300	
	Ko Lohn 40'115	52'557	40'115	43'700	
	Faktor 1.00	1.31	1.00	1.09	
6563	Lohn 85'320	85'320	85'320	85'320	
	K-Abzug 24'885	12'443	24'885	21'300	
	Ko Lohn 60'435	72'877	60'435	64'020	
	Faktor 1.00	1.21	1.00	1.06	

Tiefer Lohn (Fr. 2000)

Geringverdiener fahren mit dem Modell des Bundesrats und dem der Baumeister/ Banken erheblich besser als aktuell. Ursache dafür ist der verminderte Koordinationsabzug und der damit verbundene höhere Lohnanteil für die Berechnung der Vorsorge. Das Gewerbeverbands- Modell ist wegen des hohen Koordinationsabzugs für sie gleich schlecht wie das aktuelle. Aktuelle Jahres-Rente zu 6.8% = Fr. 450, Bundesratsmodell = Fr. 4,519, Gewerbeverband = Fr. 459, Baumeiser/ Banken = Fr. 4416.

Mittlerer Lohn (Fr. 5,000)

Alle drei neuen Modelle besser als das Bisherige.

Aktuelle Jahres-Rente zu 6.8% = Fr. 16,201, Bundesrat = Fr. 17,520, Gewerbeverband = Fr. 16,503, Baumeiser/ Banken = Fr. 18558.

Hoher Lohn (F. 6563)

Modelle des Bundesrats und des Gewerbeverbands etwa gleich wie aktuelles. Baumeister/ Banken etwas besser.

Akt. Jahres-Rente zu 6.8% = Fr. 24,407, Bundesratsmodell = Fr.24,293, Gewerbeverband = Fr.24,862, Bau/ Banken = Fr. 27186.

Übergangsgeneration

Offensichtlich gibt es Opposition gegen die für die Übergangsgeneration vorgesehenen Rentenzuschläge. Teilweise wird bezweifelt ob diese Zuschläge überhaupt oder im vorgesehenen Ausmass nötig sind. Das hat mich bewogen, die Auswirkungen für die betroffenen Jahrgänge ebenfalls zu berechnen.

Für die 50 – 64 Jährigen wird berechnet welches Alterskapital sie bis zum Ende des 64. Altersjahres angespart haben und welche Rente sich daraus ergibt.

Aufgrund der Berechnungen lässt sich schliessen, dass Rentenausfälle durch den Modellwechsel

1. von der Lohnhöhe abhängig sind. Sie steigen mit zunehmender Lohnhöhe.
2. Nur in den ersten 5 Jahren nach Einführung vorkommen. Dadurch sind weniger Zusatzrenten erforderlich.

Alterskapitalien und Renten der Übergangsgeneration

	Lohn	2'000	/	26'000											
	aktuell	B'rat	Gewerbe	Bau/Bank											
	AK	AK neu	AK neu	AK neu											
50	3'744	34'407	6'686	30'603											
51	3'936	32'397	6'673	28'865											
52	4'126	30'408	6'660	27'145											
53	4'315	28'438	6'647	25'441											
54	4'501	26'488	6'635	23'755											
55	4'723	24'557	6'622	22'085											
56	4'943	22'682	6'622	20'468											
57	5'160	20'826	6'622	18'868											
58	5'375	18'988	6'622	17'283											
59	5'588	17'168	6'622	15'714											
60	5'799	15'367	6'622	14'161											
61	6'008	13'583	6'622	12'623											
62	6'215	11'817	6'622	11'101											
63	6'420	10'068	6'622	9'593											
64	6'622	8'336	6'622	8'100											
	Rente	Rente	Rente	Rente	Diff	Diff	Diff	Diff	Diff	Diff	Diff	Diff	Diff	Diff	Diff
	aktuell	B'rat	Gewerbe	Bau/Bank	B'rat	Gewerbe									
50	255	2'064	401	1'836	1'810	147	1'582	1'810	133	1'464	1'810	119	1'348	1'810	105
51	268	1'944	400	1'732	1'676	133	1'464	1'676	119	1'348	1'676	105	1'233	1'676	92
52	281	1'824	400	1'629	1'544	119	1'348	1'544	92	1'119	1'544	76	1'004	1'544	61
53	293	1'706	399	1'526	1'413	105	1'233	1'413	76	1'004	1'413	61	892	1'413	46
54	306	1'589	398	1'425	1'283	92	1'119	1'283	61	892	1'283	46	781	1'283	32
55	321	1'473	397	1'325	1'152	76	1'004	1'152	61	892	1'152	46	671	1'152	17
56	336	1'361	397	1'228	1'025	61	892	1'025	46	671	1'025	32	563	1'025	10
57	351	1'250	397	1'132	899	46	781	899	32	563	899	17	455	899	3
58	366	1'139	397	1'037	774	32	671	774	17	455	774	10	349	774	0
59	380	1'030	397	943	650	17	563	650	10	349	650	3	243	650	0
60	394	922	397	850	528	3	455	528	0	243	528	0	139	528	0
61	409	815	397	757	406	0	349	406	0	139	406	0	66	406	0
62	423	709	397	666	286	0	243	286	0	66	286	0	36	286	0
63	437	604	397	576	168	0	139	168	0	36	168	0	50	168	0
64	450	500	397	486	50	0	66	50	0	36	50	0	50	50	0

Im Jahr der Inkraftsetzung der neuen Regelung sinkt der Umwandlungssatz von 6.8% auf 6%. Das hat eine Rentenverminderung von rund 12% zur Folge.

Bei allen drei neuen Modellen ändern sodann die gestaffelten Beitrags-Prozentsätze.

Bei den Modellen des Bundesrats und der Baumeister/ Banken wird der Koordinationsabzug gesenkt, wodurch ein grösserer Lohnanteil als koordinierter Lohn erfasst wird.

Die nebenstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Berechnung für einen tiefen Lohn von Fr. 2000 pro Monat.

Nur beim Modell des Gewerbeverbands ergeben sich in den ersten vier Jahren nach Inkraftsetzung verminderte Jahresrenten. Die Minderungen sind aber vernachlässigbar.

Die ab Alter 55 gleich bleibenden Alterskapitalien und Renten beim Modell des Gewerbes erklären sich dadurch, dass beim Übergang im aktuellen Modell 18% Beiträge entfallen und im Modell des Gewerbeverbands 18% dazu kommen.

Beim Modell des Bundesrats und dem der Baumeister/ Banken wird die Minderung durch den Umwandlungssatz vom höheren, koordinierten Lohn kompensiert bzw. überkompensiert.

Im Modell der Baumeister/ Banken werden auch Mikrolöhne erfasst. Es dürfte sich empfehlen, eine Minimum-Lohngrenze festzulegen, falls die Wahl auf dieses Modell fallen sollte,

Alterskapitalien und Renten der Übergangsgeneration

	Lohn	3'500	/	45'500							
	aktuell AK	B'rat AK neu	Gewerbe AK neu	Bau/Bank AK neu	aktuell Rente	B'rat Rente	Gewerbe Rente	Bau/Bank Rente	Diff B'rat	Diff Gewerbe	Diff Bau/Bank
50	69'218	140'870	123'610	128'579							
51	72'773	139'087	123'371	127'674							
52	76'292	137'321	123'134	126'777							
53	79'777	135'573	122'899	125'890							
54	83'227	133'843	122'667	125'011							
55	87'325	132'130	122'437	124'141							
56	91'384	131'116	122'437	123'963							
57	95'402	130'113	122'437	123'787							
58	99'380	129'120	122'437	123'612							
59	103'319	128'136	122'437	123'439							
60	107'219	127'163	122'437	123'268							
61	111'081	126'199	122'437	123'098							
62	114'904	125'244	122'437	122'931							
63	118'689	124'299	122'437	122'764							
64	122'437	123'363	122'437	122'600							
50	aktuell 4'707	Rente 8'452	B'rat 7'417	Gewerbe 7'715	Rente 3'745	B'rat 3'745	Diff 2'710	Gewerbe 3'008	Diff 3'008	Bau/Bank 3'008	Diff 3'008
51	4'949	8'345	7'402	7'660	3'397	3'397	2'454	2'712	2'712	2'712	2'712
52	5'188	8'239	7'388	7'607	3'051	3'051	2'200	2'419	2'419	2'419	2'419
53	5'425	8'134	7'374	7'553	2'710	2'710	1'949	2'129	2'129	2'129	2'129
54	5'659	8'031	7'360	7'501	2'371	2'371	1'701	1'841	1'841	1'841	1'841
55	5'938	7'928	7'346	7'448	1'990	1'990	1'408	1'510	1'510	1'510	1'510
56	6'214	7'867	7'346	7'438	1'653	1'653	1'132	1'224	1'224	1'224	1'224
57	6'487	7'807	7'346	7'427	1'319	1'319	859	940	940	940	940
58	6'758	7'747	7'346	7'417	989	989	588	659	659	659	659
59	7'026	7'688	7'346	7'406	662	662	321	381	381	381	381
60	7'291	7'630	7'346	7'396	339	339	55	105	105	105	105
61	7'553	7'572	7'346	7'386	18	18	-207	-168	-168	-168	-168
62	7'813	7'515	7'346	7'376	-299	-299	-467	-438	-438	-438	-438
63	8'071	7'458	7'346	7'366	-613	-613	-725	-705	-705	-705	-705
64	8'326	7'402	7'346	7'356	-924	-924	-979	-970	-970	-970	-970

Bei einem Lohn von Fr. 3,500 pro Monat ergeben sich negative Rentendifferenzen in den ersten vier Jahren nach Inkraftsetzung.
Sie sind am grössten beim ersten zu pensionierenden Jahrgang und nehmen dann ab.

Alterskapitalien und Renten der Übergangsgeneration

Lohn 5'000 / 65'000

Auch bei einem Monatslohn von Fr. 5000 resultieren verminderte Renten in den ersten vier Jahren nach Inkraftsetzung.

	aktuell AK	B'rat AK neu	Gewerbe AK neu	Bau/Bank AK neu	Diff B'rat	Diff Gewerbe	Diff Bau/Bank
50	134'693	247'332	240'535	241'382			
51	141'610	245'776	240'069	240'251	5'681	5'273	5'324
52	148'458	244'235	239'608	239'130	5'117	4'775	4'786
53	155'238	242'709	239'151	238'021	4'559	4'281	4'253
54	161'952	241'198	238'699	236'922	4'006	3'793	3'725
55	169'928	239'702	238'252	235'835	3'459	3'309	3'203
56	177'825	239'551	238'252	236'088	2'827	2'740	2'595
57	185'644	239'400	238'252	236'338	2'281	2'203	2'073
58	193'385	239'252	238'252	236'585	1'740	1'671	1'556
59	201'050	239'105	238'252	236'831	1'205	1'145	1'045
60	208'639	238'959	238'252	237'073	875	824	788
61	216'153	238'815	238'252	237'314	624	624	538
62	223'593	238'672	238'252	237'552	470	470	37
63	230'959	238'530	238'252	237'787	315	315	31
64	238'252	238'390	238'252	238'021	160	160	160

	Rente aktuell	Rente B'rat	Rente Gewerbe	Rente Bau/Bank	Diff B'rat	Diff Gewerbe	Diff Bau/Bank
50	9'159	14'840	14'432	14'483			
51	9'629	14'747	14'404	14'415	5'117	4'775	4'786
52	10'095	14'654	14'376	14'348	4'559	4'281	4'253
53	10'556	14'563	14'349	14'281	4'006	3'793	3'725
54	11'013	14'472	14'322	14'215	3'459	3'309	3'203
55	11'555	14'382	14'295	14'150	2'827	2'740	2'595
56	12'092	14'373	14'295	14'165	2'281	2'203	2'073
57	12'624	14'364	14'295	14'180	1'740	1'671	1'556
58	13'150	14'355	14'295	14'195	1'205	1'145	1'045
59	13'671	14'346	14'295	14'210	675	624	538
60	14'187	14'338	14'295	14'224	150	108	37
61	14'698	14'329	14'295	14'239	-370	-403	-460
62	15'204	14'320	14'295	14'253	-884	-909	-951
63	15'705	14'312	14'295	14'267	-1'393	-1'410	-1'438
64	16'201	14'303	14'295	14'281	-1'898	-1'906	-1'920

Zusammenfassung

Abgesehen vom Tieflohnbereich ergeben sich bei den neuen Modellen annähernd gleiche Alterskapitalien und damit auch ähnlich hohe Renten.

Das Modell des **Gewerbeverbands** führt nicht zu besseren Renten für Geringverdiener, da der gleiche Koordinationsabzug angewendet wird wie im aktuellen Modell und verbessert die Situation der älteren Arbeitnehmer nicht, weil der höchste Beitragssatz von 18% beibehalten wird.

Das Modell der **Baumeister/ Banken** erfasst im Prinzip jeden Lohn (Koordinationsabzug 60% vom AHV-Lohn). Damit nicht Mikrolöhne zu Nanorenten und unverhältnismässigen administrativen Aufwänden führen, müsste hier wohl eine Lohnuntergrenze festgelegt werden. Da die Beiträge mit Alter 20 beginnen sollen, ist davon auszugehen, dass Personen, die eine höhere Ausbildung absolvieren, in den ersten Jahren keine Beiträge leisten. Bei einem Lohn von Fr. 5000/ Mt. reduziert sich die jährliche Rente um Fr. 1810, wenn die Beiträge der Altersjahre 20 – 24 ausbleiben.

Um mit einem **einheitlichen Satz über die gesamte Beitragsdauer** das gleiche Alterskapital wie mit dem Bundesratsmodell zu erzielen, müsste der Beitrag auf **11.25% des koordinierten Lohnes** festgelegt werden.

Bei Berücksichtigung aller Aspekte ist meines Erachtens das Modell des **Bundesrats und der Sozialpartner der Favorit**.

Nachstehend noch eine ergänzte Übersicht, in der die Rentenminderungen für die 61 – 64-jährigen in den ersten vier Jahren nach Inkraftsetzung ersichtlich sind. Für Versicherte, die im Zeitpunkt der Inkraftsetzung jünger sind, ergeben sich keine Verluste durch den Systemwechsel.

Lohn/ Mt	Alter	Aktuell	Differenzen zu aktuell					
			B'rat	Gewerbe	Bau/Bank	B'rat	Gewerbe	Bau/Banken
2000	61	409	815	397	757	406	-11	349
	62	423	709	397	666	286	-25	243
	63	437	604	397	576	168	-39	139
	64	450	500	397	486	50	-53	36
2300	61	1'838	2'166	1'787	2'036	329	-50	198
	62	1'901	2'070	1'787	1'973	169	-114	72
	63	1'963	1'975	1'787	1'910	11	-176	-53
	64	2'025	1'881	1'787	1'848	-145	-238	-177
2400	61	2'314	2'617	2'250	2'462	303	-63	148
	62	2'393	2'524	2'250	2'408	130	-143	15
	63	2'472	2'432	2'250	2'355	-41	-222	-117
	64	2'550	2'341	2'250	2'302	-210	-300	-248
2500	61	2'790	3'067	2'714	2'888	277	-77	98
	62	2'886	2'978	2'714	2'844	91	-173	-42
	63	2'981	2'889	2'714	2'800	-93	-268	-181
	64	3'075	2'801	2'714	2'757	-275	-362	-319
3000	61	5'172	5'320	5'030	5'102	148	-142	-70
	62	5'350	5'246	5'030	5'083	-104	-320	-266
	63	5'526	5'173	5'030	5'065	-353	-496	-461
	64	5'701	5'101	5'030	5'048	-599	-671	-653
3500	61	7'553	7'572	7'346	7'386	18	-207	-168
	62	7'813	7'515	7'346	7'376	-299	-467	-438
	63	8'071	7'458	7'346	7'366	-613	-725	-705
	64	8'326	7'402	7'346	7'356	-924	-979	-970
4000	61	9'935	9'824	9'663	9'670	-111	-273	-265
	62	10'277	9'783	9'663	9'668	-494	-615	-609
	63	10'616	9'743	9'663	9'666	-873	-953	-949
	64	10'951	9'702	9'663	9'664	-1'249	-1'288	-1'286
4500	61	12'317	12'077	11'979	11'955	-240	-338	-362
	62	12'741	12'052	11'979	11'961	-689	-762	-780
	63	13'160	12'027	11'979	11'967	-1'133	-1'182	-1'194
	64	13'576	12'003	11'979	11'973	-1'573	-1'597	-1'603

Lohn/ Mt			Alter		Aktuell		Differenzen zu aktuell	
			Gewerbe	Bau/Bank	Gewerbe	Bau/Banken	Gewerbe	Bau/Banken
5000	61	14'698	14'329	14'295	14'239	-370	-403	-460
	62	15'204	14'320	14'295	14'253	-884	-909	-951
	63	15'705	14'312	14'295	14'267	-1'393	-1'410	-1'438
	64	16'201	14'303	14'295	14'281	-1'898	-1'906	-1'920
5500	61	17'080	16'581	16'611	16'523	-499	-469	-557
	62	17'668	16'589	16'611	16'546	-1'079	-1'057	-1'122
	63	18'250	16'596	16'611	16'568	-1'654	-1'639	-1'682
	64	18'826	16'604	16'611	16'590	-2'222	-2'215	-2'237
6000	61	19'462	18'834	18'928	18'807	-628	-534	-654
	62	20'132	18'857	18'928	18'838	-1'274	-1'204	-1'294
	63	20'795	18'881	18'928	18'868	-1'914	-1'867	-1'927
	64	21'451	18'904	18'928	18'898	-2'547	-2'524	-2'553
6500	60	21'084	21'045	21'244	21'053	-39	160	-31
	61	21'843	21'086	21'244	21'092	-758	-599	-752
	62	22'595	21'126	21'244	21'130	-1'469	-1'351	-1'465
	63	23'340	21'166	21'244	21'169	-2'174	-2'096	-2'171
	64	24'077	21'205	21'244	21'206	-2'871	-2'833	-2'870
6563	60	21'374	21'327	21'536	21'340	-47	162	-34
	61	22'143	21'370	21'536	21'380	-774	-608	-764
	62	22'906	21'412	21'536	21'419	-1'494	-1'370	-1'486
	63	23'660	21'454	21'536	21'458	-2'207	-2'124	-2'202
	64	24'407	21'495	21'536	21'497	-2'912	-2'871	-2'910